

taz-Autor Islamisten-Buch

schreibt



[Bei n-tv](#) gibt es eine recht ausführliche Buchbesprechung zu „Jung – Deutsch – Taliban“ von Wolf Schmidt (gehört zur taz-Redaktion). Mit seiner Analyse kann Schmidt sicherlich dazu beitragen, das Phänomen des Abdriftens von Teenagern in den Jihad weiter aufzuklären.

Viele jüngere, darunter sind inzwischen auch Teenager, schließen sich allerdings angetrieben von Abenteuerlust mit einer erschreckenden Naivität dem Dschihad-Tross an. Schmidt erzählt von 16-jährigen Mädchen, die in diese Welt hineinstolpern und „in einem Kriegsgebiet landen, in dem sie nichts verloren haben.“ Das Bundeskriminalamt vermutet, dass inzwischen etwa 250 deutsche oder in Deutschland aufgewachsene Islamisten in einem Terrorlager waren. 45 von ihnen sollen sich seit 2001 an Kampfhandlungen beteiligt haben. Die Zahlen zeigen zwar, dass es sich dabei nicht um eine Massenbewegung handelt. Inzwischen allerdings gehen die Sicherheitsbehörden von etwa fünf Ausreisen und Ausreiseversuchen pro Monat aus.

Die Rückkehrer werden von den Sicherheitsbehörden gut überwacht, einige von ihnen sind sogar bereits verurteilt. Doch Einzeltäter wie Arid Uka sind ein kaum beherrschbares Problem. „Da muss man ehrlich sagen, dass man da nichts

machen kann oder diese Taten zumindest nie völlig ausschließen kann. Die zwei gefährlichsten Situationen aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus in Deutschland waren die Kofferbomber und Arid Uka. Beide waren nicht eingebunden in Terrorgruppen.“

Wie zu erwarten gibt der taz-Autor der Gesellschaft die üblichen Tipps zur Prävention:

Schmidt warnt aber vor einer Abwehrstrategie, die ausschließlich auf „Repressionen, schärfere Gesetze und mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden setzt.“ Wichtiger sind ihm Prävention und eine ausgewogene Sichtweise. Nicht jeder Salafist mit Bart, Häkelmütze und dem typischen langen Gewand sei schon mit einem Fuß im Terrorismus, betont er nachdrücklich.

Umso wichtiger findet er, dass sich inzwischen Anlaufstellen für Betroffene und deren Familien gegründet haben, die unabhängig von den Sicherheitsbehörden „kompetent beraten und vielleicht auch unbegründete Ängste abbauen“ können.

Dazu passen auch die Ergebnisse seiner Lebenslaufanalysen:

Am Beispiel der Sauerland-Gruppe lassen sich bei aller Differenzierung einige Gemeinsamkeiten der deutschen Gotteskrieger festmachen. Schmidt beschreibt sie als „Leute, die aus welchem Grund auch immer gescheitert sind oder extreme Brüche in ihrer Biografie hatten.“ Dazu gehören Drogenerfahrungen, Kriminalität, der frühe Tod eines Elternteils oder die Scheidung der Eltern, Gewalt in der Familie. In diesem Moment der Halt- und Orientierungslosigkeit suchten die jungen Leute nach „einfachen Antworten auf sehr komplizierte Sinn-Fragen“.

Doch wird hiermit wieder nur die Kehrseite der Medaille betrachtet: Was aber ist mit den Verführern und ihrer

Ideologie? Was ist gewonnen, wenn wir uns auf den Standpunkt zurückziehen, die monatlich in den Jihad Aufbrechenden seien in Wahrheit Opfer?

Beratungsstellen für Jihadsüchtige können nicht die alleinige Lösung darstellen. Wann hört man endlich damit auf, systematisch die sehr konkreten Mordanweisungen des Koran auszublenden? Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?

Wolf Schmidt hat es sicherlich gut gemeint und vielleicht lässt sich dank seiner Anregungen irgendwann der ein oder andere Teenie noch vor einem verhängnisvollen Irrtum retten. Doch die Täter sitzen woanders und ihr Motiv heißt Koran. Es muss endlich nachhaltig über den Inhalt des Koran aufgeklärt werden. Es kann nicht sein, dass man im 21. Jahrhundert weiterhin den Schutzmantel des Schweigens um ein Buch legt, das die Ermordung Andersgläubiger und die alleinige Herrschaft des islamischen Systems befiehlt.

250 Deutsche wurden zum Jihad verführt. Was ist mit den Millionen um ihre Freiheit betrogenen Kindern des Islam, die sich ihren Glauben nicht aussuchen können? Wann fordert der erste Linksgrüne Religionsfreiheit im Islam? Wann gibt es die ersten Beratungsstellen für die Aufklärung von Imamen in Sachen Neuzeit, Menschenrechte, Glaubensfreiheit?

Wir werden nicht müde werden, den Linksgrünen das abzufordern, was sie mit ihrer vermeintlichen Toleranz trotzig verweigern: Ihren Verstand einzusetzen, anstatt permanent um den heißen Brei herumzureden. Wer hat uns das eingebrockt, dass man die Schattenseiten des Islam kaum noch offen ansprechen darf? Wer kriminalisiert die Meinungsfreiheit in unserem Land? Wer tabuisiert unseren Ruf nach der konsequenten Ächtung von Gewalt-Systemen?

Eröffnet ein Beratungszentrum nach dem anderen, aber vergesst nicht, auf welchem Fundament ihr (noch!) die Freiheit habt, dies zu tun...

Celle: Übergriff auf 15-Jährige im Schwimmbad



Mit Phantombildern [sucht die Polizei](#) einen Sexualtäter (l.), der sich vermutlich im Raum Celle aufhält, sowie seinen Begleiter (r.).

Täter:

- 170 - 175 cm groß
- 30 - 40 Jahre alt
- stämmige Figur mit Bauchansatz
- schwarze gewellte bis lockige Haare
- vermutlich Kurde oder Türke

Begleiter, der als Zeuge gesucht wird:

- gleiche Größe und Alter
- normale Figur
- schwarze glatte Haare
- vermutlich Kurde oder Türke


Auch weitere Zeugen sollen sich melden. Der Übergriff auf eine Fünfzehnjährige ereignete sich bereits am 16. März diesen Jahres im Celler Badeland.

Gegen 20.30 Uhr saßen zwei Mädchen in einem Whirlpool, als sich zwei Unbekannte zu ihnen setzten und mit ihnen sprachen. Während ein Mädchen mit einem der unbekannt Männer den Whirlpool verließ, blieb die Fünfzehnjährige mit dem anderen Mann allein zurück. Im weiteren Verlauf wurde der Mann zudringlich und es kam zu sexuellen Übergriffen, obwohl sich das Opfer dagegen verwehrt – anschließend verschwand der Unbekannte.

In manchen Schwimmbädern werden solche Typen mit [Freikarten](#) belohnt!

Frauen aus dem betreffenden Kulturkreis wissen Bescheid und fordern [geschlechtsgetrenntes Schwimmen](#). Scharia als Problemlösung...

SPD-Politikerin Lale Akgün über Salafisten

 Die türkischstämmige frühere SPD-Bundestagsabgeordnete [Lale Akgün](#) (Foto) schreibt im [Kölner Stadtanzeiger](#) ausführlich über Salafisten und erklärt sehr gut deren Denk- und Vorgehensweise. Es gibt darüber hinaus Passagen, die man so nicht erwartet hätte:

Die Salafisten sind nicht die einzigen Muslime, die so oder so ähnlich denken und handeln. Unter allen islamischen Strömungen und Verbänden gibt es Muslime, die ähnlich denken. Deswegen erscheint es etwas eigenartig, wenn Vertreter muslimischer Verbände in Deutschland die Salafisten als die Bösen darstellen und sich selbst als die Guten. Viele „Nicht-Böse“ haben eine ähnliche Ideologie. Sie schreien nur nicht

so laut. Salafisten fallen auf – durch ihre Kleidung und äußere Erscheinung und durch ihre durchaus gekonnt gemachte Werbung, wie etwa die Koran-Verteilaktion.

Zu der Frage, ob die Islamverbände etwas gegen das Salafistenproblem ausrichten können:

Die „klassischen“ muslimischen Verbände und Moschee-Vereine bieten kaum Alternativen, denn auch sie haben keine Antworten auf die Fragen der Gesellschaft, hängen in den Netzen ausländischer Organisationen oder Staaten und sind oft nationalistisch eingestellt.

Hier wird dem Leser klar gemacht, warum die Politik mehr redet als handelt:

Da Salafisten nur spärlich in Vereinen organisiert sind, kann man nur wenige von ihnen verbieten. Und da die meisten von ihnen deutsche Staatsbürger sind, kann man sie auch schlecht ausweisen. Das wissen Politiker wie Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich oder der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann natürlich, was sie aber nicht daran hindert, vollmundig daherzureden. Oder wollen sie in die Grundrechte auf Meinungsfreiheit oder gar Religionsfreiheit eingreifen?

Ein echter Knaller von Seiten einer SPD-Politikerin:

Politik und Gesellschaft müssen sich mit diesen Ideologien auseinandersetzen. Wir müssen den Diskurs über das Verhältnis von Religion und Moderne, hier von Islam und Moderne, verstärken. Wohlmeinende Tabuisierung religiöser Fragen ist wenig hilfreich, wenn es um unsere Demokratie und Werte geht.

Der letzte Satz ist der Parteilaisson geschuldet:

Last, but not least sollten wir uns auch auf die guten alten sozialarbeiterischen Maßnahmen besinnen: mehr integrative

Angebote für die, die an den Rändern der Gesellschaft stehen.

Bitte mehr solche vernunftgesteuerten Beiträge seitens der SPD, seitens türkischstämmiger Mitmenschen und seitens des Kölner Stadtanzeigers!



Deutsche Salafisten rufen zum Dschihad auf



Bei der [WELT](#) wird berichtet, dass deutsche Salafisten (Foto: Deso Dogg alias Abu Maleeq alias Abu Talha) in Videobotschaften zum „heiligen Krieg“ in Syrien aufrufen und Gelder für den Dschihad mittels einer Organisation namens „An-Nusrah“ sammeln.

Die WELT schreibt:

„Syrien könnte sich zu einem Ziel für ausländische Dschihadisten entwickeln“, so ein Ermittler zu „Welt Online“, „für deutsche Islamisten entwickelt sich das Land womöglich

zu einem attraktiven Ziel, um sich am bewaffneten Dschihad zu beteiligen.“

Was bisher in den Nachrichten tunlichst ausgeblendet wurde:

Seit das Land in einem blutigen Aufstand der Opposition gegen den Diktator von Damaskus versinkt, hat sich Syrien aber zu einem Tummelplatz für islamistische Gotteskrieger entwickelt. Mittlerweile häufen sich die Berichte über ausländische Dschihadisten aus dem Irak, den Golfstaaten, Nordafrika und Pakistan, die sich den Kampfgruppen der syrischen Opposition anschließen.

In Deutschland registrieren die Sicherheitsbehörden inzwischen neben den Forderungen aus der deutschen Salafisten-Szene, die Glaubensbrüder in Syrien mit Spendengeldern und Hilfsgütern zu unterstützen, auch direkte Aufrufe zum Dschihad. Ähnlich wie es in den 90er-Jahren in Bosnien der Fall war, rekrutieren Islamisten Freiwillige.

Mohamed Mahmoud (Abu Usama Al-Gharib) wird ebenfalls von der WELT erwähnt, obwohl er kein deutscher Staatsbürger ist und von Hessens CDU-Innenminister Boris Rhein des Landes verwiesen wurde (wogegen er [klagen](#) will!). Allerdings produziert dieses schrille Subjekt auch an seinem derzeitigen Aufenthaltsort in Ägypten Videobotschaften, um seine Jünger aus Deutschland und Österreich in den Kampf zu schicken:

Der österreichische Islamist Mohamed M. alias „Abu Usama al-Gharib“ rief beispielsweise seine Anhänger in einer Predigt jüngst unverhohlen zum bewaffneten Kampf gegen Syriens Machthaber Baschar al-Assad auf.

„Jetzt ist Dschihad Pflicht!“, sagt M. in der Predigt, die „Welt Online“ vorliegt. „Wer zum Dschihad gehen kann dort in Syrien, der ist verpflichtet dazu! (...) Wenn du kein Geld hast, so hol es dir! Wenn du keinen Weg kennst, dann

informier dich! Rücke zu deinen Geschwistern aus und kämpfe für diese Unterdrückten! Lasst uns für sie kämpfen!“

Wer in den Dschihad nach Syrien ziehen wolle, brauche weder die Erlaubnis der Eltern noch ein Rechtsgutachten eines islamischen Gelehrten, so der Islamist M. weiter: „Es ist eine Pflicht für jeden einzelnen, genauso wie das Gebet!“

Deso Dogg (Abu Maleeq, Abu Talha) dichtet passende Kampflieder:

Neben Mohamed M. hat am Wochenende auch der Berliner Ex-Rapper Denis C. (ehemals „Deso Dogg“) nach Informationen von „Welt Online“ ein islamistisches Kampflied („Nashid“ genannt) veröffentlicht, in dem er zum Dschihad in Syrien aufruft. „Wohin wollen wir gehen? Wohin sollen wir gehen? Wir wollen in den Dschihad auf dem Weg Allahs!“, singt C. in dem Musikvideo, das im Internet veröffentlicht wurde. Syriens Machthaber Assad solle vernichtet und so das syrische Volk befreit werden, so C..

Unserer Meinung nach sollte der Bundesinnenminister prüfen, inwieweit sich hier terroristische Vereinigungen bilden. Im Übrigen steht die Anwerbung für den Terror und das Sammeln von Geldern für den Terror unter Strafe. Höchste Zeit für Verbote und Konfiszierungen!

Neukölln: drei Vergewaltiger gesucht

☒ Die abgebildeten drei Typen werden wegen Vergewaltigung gesucht. Die Polizei beschreibt sie so: *etwa 18 bis 22 Jahre*

alt, schlank, türkischer oder arabischer Herkunft, einer trägt längere schwarze Haare und Bart. Ein Verdächtiger hatte ein rotes Basecap und ein rotes T-Shirt an, ein weiterer war mit einem weißen T-Shirt mit dem Aufdruck Tokyo gekleidet. Sie hatten am 3. Juni 2011 eine Zwanzigjährige 45 Minuten am Bahnhof Hermannstraße sexuell belästigt, hinterher in ein Gebüsch gezogen und sie zu dritt vergewaltigt. Und da hätten wir eine Frage: Wie kann man so dumm sein und solche Fotos erst nach einem Jahr veröffentlichen? Warum werden Täter solange geschützt? Unmittelbar nach der Tat hätte sich bestimmt eher jemand z. B. an das Tokyo-Hemd erinnert! (Dank an Spürnase: Sarasani!)

Pogromhetze gegen Marc Doll (DF)

Alles Distanzieren war vergebens. Wer in Deutschland als rechtsextrem gilt, bestimmen die Linksextremen. Und für die ist es jeder, der nicht ihren Stallgeruch trägt. Das muss jetzt auch Marc Doll von der "Freiheit" erfahren, gegen den die Antifa mit Plakaten im Wohnumfeld zu Gewalt und Mord aufruft. Weiter auf Quotenqueen...



Bald auch Italien unterm Rettungsschirm?



Der vielzitierte Dominoeffekt sieht ganz anders aus als man uns immer erzählt. Sobald ein neuer Kandidat unter den €uro-Rettungsschirm gekrochen ist, kippt schon der nächste. Von Stabilisierung keine Spur. Natürlich zielt sich Italien noch ein bisschen, genauso wie das bei [Spanien](#) der Fall war.

Das [Managermagazin](#) gibt den Italienern – der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone – aber keine günstige Prognose:

Die schlechte Wirtschaftslage: In keinem anderen Euro-Land ist die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal so stark eingebrochen wie in Italien. Das Bruttoinlandsprodukt fiel um 0,8 Prozent – fast dreimal so stark wie in Spanien und bereits das dritte Quartal in Folge. Auch die Aussichten sind nicht gut. 2012 dürfte die Wirtschaft um 1,4 Prozent schrumpfen, die Arbeitslosenquote um mehr als einen Punkt auf 9,5 Prozent steigen. (...) Steuererhöhungen und die steigende Arbeitslosigkeit drücken die Einkommen, wodurch der private Konsum schrumpft. Das wiederum sorgt für Steuerausfälle und erschwert die Sanierung des Staatshaushaltes.

Die hohe Staatsverschuldung: Der Schuldenberg wird in diesem Jahr weiter steigen. Er soll nach Prognose der EU-Kommission 123,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen. 2008 waren es nur knapp 106 Prozent. (...) Italien ist damit der viertgrößte Schuldenmacher weltweit.

*Der Reformeifer lässt nach: Je näher die für 2013 angesetzte Parlamentswahl rückt, desto geringer ist die Reformbereitschaft der Parteien. Ministerpräsident Mario Monti muss zunehmend Kompromisse eingehen, um Gesetze durch die beiden Parlamentskammern zu bringen. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände setzten bei der kürzlich verabschiedeten Arbeitsmarktreform Änderungen durch.
(...)*

Das selbe Bild wird sich uns wohl in Frankreich bieten, denn es zeichnen sich fast absolutistische Mehrheitsverhältnisse für die [Sozialisten](#) ab. Falls in der deutschen Regierung jemand sitzt, der noch von 3 bis 0 rückwärts zählen kann, sollte spätestens jetzt ein Auftrag an [DeLaRue](#) ergehen.

Merkel möchte das Problem mit [„noch mehr Europa“](#) lösen, während sich der [Bundestagskindergarten](#) gerade wieder zankt.

EU will Fußball-Nationalmannschaften abschaffen



Die mit Spannung erwartete Fußball-Europameisterschaft in Polen und in der Ukraine hat am Samstag begonnen. 16 Fußball-Nationalmannschaften kämpfen um den

Titel. Geht es nach dem Willen der EU, so handelt es sich um die letzte Fußball-Europameisterschaft dieser Art.

(Von Smiley)

Der EU-Wahnsinn treibt immer absurdere Blüten. Während sich Millionen begeisterter Fußball-Fans auf das große Fußball-Turnier in Polen und in der Ukraine freuen, mit ihren Nationalmannschaften mitfiebern und ihre Fußball-Stars in den Stadien oder zu Hause vor den Bildschirmen in Biergärten, beim Public Viewing oder auf dem heimischen Sofa anfeuern, geht die Europäische Union mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, den Fußball-Fans nur als Provokation empfinden können:

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, hat vorgeschlagen, die Fußball-Nationalmannschaften der EU-Mitgliedsländer abzuschaffen und künftig durch eine EU-Mannschaft zu ersetzen. „Im Zeitalter eines zusammenwachsenden Europas“, so Barroso, „sind nationale Fußballmannschaften nicht mehr zeitgemäß. Mehr Europa bedeutet weniger Fußball“.

Der Vorschlag der EU hat europaweit kontroverse, teils heftige Reaktionen ausgelöst.

Bundeskanzlerin Merkel erklärte in Berlin: „Die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Wohlstand für alle Bürger, Abbau der Arbeitslosigkeit auch in den südlichen Mitgliedsländern, eine moderate, weiter rückläufige Staatsverschuldung, der friedliche EURO-Islam und gefestigte demokratische Prozesse sind nur einige Beispiele für diesen Erfolg. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Unser Ziel ist die vollständige Überwindung der Nationalstaaten. Dieser Prozess wird naturgemäß nicht vor dem Fußball haltmachen“.

Auch der Vorstand der GRÜNEN begrüßte den EU-Vorschlag. Cem Özdemir erklärte im SPIEGEL: „Wir unterstützen alle Vorschläge zur Abschaffung der National-Staaten und stehen voll und ganz hinter dem EU-Vorschlag, die Fußball-Nationalmannschaften

durch ein EU-Team abzulösen. Voraussetzung ist, dass für die künftige EU-Fußballmannschaft eine Quote für muslimische Spieler verbindlich festgesetzt wird“.

Bundesentwicklungsminister Niebel (FDP) warnte hingegen vor Schnellschüssen und riet allen Verantwortlichen, „auf dem Teppich zu bleiben“.

Im fußball-begeisterten Spanien löste der Vorschlag Barrosos wütende Proteste aus. Die führende spanische Sportzeitung *Marca* zitierte den spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy Brey mit den Worten: „Wir haben bisher jeden Blödsinn der EU mitgemacht, aber beim Fußball hört der Spaß auf. Spaniens Antwort lautet: Raus aus der EU.“

Der italienische Ministerpräsident Mario Monti soll unbestätigten Berichten zufolge mit einem Tobsuchtsanfall auf die Vorschläge aus Brüssel reagiert haben. Die italienische Sportzeitung *Gazzetta dello Sport* berichtet, Monti habe in einem Telefonat mit Barroso angedroht, ihm die Mafia auf den Hals zu schicken, falls der EU-Vorschlag nicht zurückgezogen werde.

Die europäische Fußball-Welt reagierte mit blankem Entsetzen auf den Vorschlag der Europäischen Union.

Michel Platini, Präsident der UEFA, empfahl dem Präsidenten der EU-Kommission im französischen Fernsehen „dringend den Arzt zu wechseln“.

Die italienische Zeitung *Corriere della Sera* zitiert Giovanni Trapattoni, ehemals Trainer beim FC Bayern München und heute Coach der Fußball-Nationalmannschaft von Irland: „Die EU ist wie eine Flasche leer. Die EU hat fertig“

Wolfgang Niersbach, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, erklärte in der ARD-Sportschau: „Mir fehlen die Worte. Bisher habe ich bei der Aussage, die EU sei ein Irrenhaus, stets milde gelächelt. Heute verstehe ich manche Kritiker“.

Auch Franz Beckenbauer, die Ikone des deutschen Fußballs, reagierte mit Fassungslosigkeit und Entsetzen auf „den neuerlichen Schwachsinn aus Brüssel“. Beckenbauer, ein Diplomat alter Schule, erklärte im ZDF: „Die EU ist balla balla. Ich fordere die rote Karte für die EU.“

Die Türkei hat angesichts der Fußball-Politik der EU inzwischen ihren Antrag auf einen Beitritt zur EU zurückgezogen. Der türkische Ministerpräsident Erdogan soll gegenüber Vertrauten „die EU als noch verrückter als den Islam“ bezeichnet haben.

Die Europäische Kommission bemüht sich derweil angesichts der vielfältigen Kritik um Schadensbegrenzung. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton erklärte gegenüber der BBC: „Wir wollen alle Fußball-Stars mitnehmen. So ist beispielsweise eine Aufstockung der Fußballmannschaften von bisher 11 Spielern auf bis zu 100 Spieler in der Fußball-EU-Mannschaft durchaus möglich. Entsprechende Verhandlungen mit dem Weltfußballverband FIFA, verbunden mit einem weltweiten Fußball-Rettungsschirm, sind bereits in vollem Gange.“

Zugleich forderte Lady Ashton für die Fußball-Welt die Abschaffung des Begriffs „Tor“, der für „Dummkopf“ und „Narr“ stehe. Eine Wortfindungs-Kommission der EU sei beauftragt worden, geeignete alternative Begriffe vorzuschlagen. Denkbar sei beispielsweise künftig der Begriff „EU“.



Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem geschändet

☒ Die Mauern der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem sind in der Nacht zu Montag mit zehn großen Graffiti in hebräischer Schrift beschmiert worden. Laut [WELT](#) sind darunter Parolen wie „Hitler, Danke für den Holocaust“ und „Die Zionisten wollten den Holocaust.“

Obwohl dies sehr eindeutig nach antisemitischen Motiven aussieht, hält es die Polizei für denkbar, dass eine ultraorthodoxe jüdische Strömung dahinterstecken könnte. Den Hinweis lieferte die Unterschrift dieser Schmiererei:

Einer der Slogans rief die polnische Regierung dazu auf, „den Zionisten nicht mehr zu ermöglichen, manipulative Gedenkzeremonien in Auschwitz abzuhalten“. Die Unterschrift in roter Farbe lautete „Das gottesfürchtige Welt-Judentum“.

Es gibt eine anti-zionistische Bewegung im orthodoxen Bereich, die die weltliche Gründung des Staates Israel ablehnt, weil sie der Meinung ist, dass ein jüdischer Staat nur durch den Messias gegründet werden dürfe.

[Ynet News](#) berichtet, dass die beiden in Frage kommenden orthodoxen Sekten ihrerseits die Schmierereien verurteilen und ausschließen, dass ihre Anhänger daran beteiligt sein könnten. Es werden dort weitere anti-zionistische Parolen genannt:

„If Hitler didn't exist the Zionists would have had to invent him.“

„Jews wake up – the Zionist regime is dangerous.“

„The global Zionist mafia.“

Die Schändung von Yad Vashem ruft Bestürzung hervor und soll so schnell wie möglich aufgeklärt werden.

Im Solinger Tageblatt gibt es heute einen [Artikel](#) über die Arbeit eines Hobby-Historikers zu einer jüdischen Familiengeschichte, die auch in die Gedenkstätte mit aufgenommen wird.



„Jerusalem soll Hauptstadt Ägyptens werden“

✘ „Sollte der Kandidat der Muslimbruderschaft Mohammed Mursi zum nächsten ägyptischen Präsidenten gewählt werden, so wird nicht mehr Kairo die Hauptstadt Ägyptens sein, sondern Jerusalem“, sagte ein hochrangiger Kleriker im ägyptischen Rundfunk Safwat Hagazy. „Nicht Kairo, Mekka oder Medina sondern Jerusalem soll mit Allahs Hilfe unsere Hauptstadt werden. Unter Mursi werden die arabischen Nationen wieder eine Macht mit Jerusalem im Mittelpunkt. Entweder werden wir in Jerusalem beten oder als Märtyrer sterben.“ Weiter auf israelheute.com...

ECONOMIST: Please, can we get all German money now?

☒ Die ganze Welt will einzig und allein unser Geld. Nur darum geht es! Der [Nobelpreisträger Stieglitz zwitschert heute wieder](#), die EU bräuchte eine Fiskalunion, und auf der Abbildung oben sehen Sie [das Titelblatt des aktuellen Economist](#), den viele für eine seriöse Zeitschrift halten. In Wirklichkeit ist es ein primitives, egoistisches Lobbyblatt für britische Interessen. Alles, die ganze Weltwirtschaft, hänge nur an Merkel, wir sollen zahlen und der ganze Globus sei gerettet. Soll wohl heißen, wir spenden dem Ausland Milliarden, und das kauft dann für unser Geld gnädig auch ein paar deutsche Waren ein. Was für ein ökonomischer Irrsinn. Deutschland soll pleitegehen, damit die Weltwirtschaft noch fünf Minuten länger mit dem Euro tuckert.

Habe gestern einige der vielen Leserbriefe angeschaut und muß sagen, viele Leser des *Economist* sind viel ehrlicher und fairer als das Blatt selbst. Günther Lachmann kommt in der *Welt* auch so langsam auf den Trichter:

Ins gleiche Horn stoßen die „Financial Times“, US-Präsident Barack Obama und Großbritanniens Premier David Cameron. „Warten auf Angela Merkel“, schreibt die „FT“. Und in einem Telefonat mit Cameron fordert Obama, es müsse „einen sofortigen Plan zur Lösung der Krise und zur Wiederherstellung des Vertrauens an den Märkten“ geben.

Und warum will Obama das? Wegen seiner Wiederwahl kann er keine schlechte US-Wirtschaft [brauchen, so Lachmann](#). Und in der *Wirtschaftswoche* [steht am Schluß eines längeren Textes:](#)

Verliert der Rettungsschirm wegen des Verzichts auf harte Anpassungsauflagen seine abschreckende Wirkung, ist es zudem nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Italien darunter

schlüpft. Die Haftungssummen für die Geberländer, allen voran für Deutschland, werden dann auf aberwitzige Größenordnungen steigen. Die Finanzmärkte dürften bald erkennen, dass die Euro-Retterei Deutschland überfordert. Ein Käuferstreik bei Bundesanleihen und EFSF-Anleihen ist daher mittelfristig nicht mehr ausgeschlossen. Was das für die Währungsunion bedeutet ist klar: Entweder endet sie im kollektiven Staatsbankrott oder die EZB kauft die Anleihen in großem Stil und druckt Geld was das Zeug hält. Dann versinkt der Euro in der Hyperinflation.

Es kann nur eine einzige vernünftige Antwort geben, egal was passiert: **Wir kommen für die Schulden anderer Länder nicht auf!** (Siehe auch: [Ganze Welt egoistisch, nur Deutschland zahlt!](#))



Blutige Islam-Grenze auch in Myanmar



Myanmar, das einmal

Burma hieß und von 1962 bis 2011 von Militärs regiert wurde, war im letzten Jahr oft in den Nachrichten. Auch Leichtmatrose Westerwelle war dort, um bei der berühmten Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi den Übergang in die Demokratie zu kommentieren. Nun liest man, daß nach einem Jahr Demokratie bereits blutige Unruhen ausgebrochen sind an der Grenze zum moslemischen Bangladesch.

Buddhisten und einheimische Moslems bekämpfen sich, Häuser wurden angezündet, und es gab bisher acht Tote und viele Verwundete. Im Nordwesten wurde deshalb der Ausnahmezustand ausgerufen. Wir können von hier aus nicht feststellen, wer die Schuldigen sind. [Die Unruhen zwischen Buddhisten und Moslems](#) schwelen unter der Oberfläche sicher schon lange. Trotzdem sind auch diese Ereignisse wieder eine Bestätigung des berühmten Satzes von Samuel Huntington: Der Islam hat blutige Grenzen!

Türkenministerin Öney unerträglich unverschämt: Politik und Justiz ließen per NSU Türken ermorden

Die baden-württembergische grüne Türkenministerin Bilkay Öney wird unerträglich frech und muß sofort hochkant gefeuert werden. Auf einer Podiumsdiskussion im alevitischen Kulturzentrum in Stuttgart hatte sie im März, wie jetzt herauskam, einem Türken auf die Frage, warum „Deutschland nichts gegen diese Mörder“, also [die NSU tue, geantwortet](#): „Den tiefen Staat gibt es auch in Deutschland“. Mit dem

Ausdruck „tiefer Staat“ ist in der Türkei gemeint, daß hohe Politiker, Beamte und Richter als Staat im Staate mit Verbrechern und Killerkommandos zusammenarbeiten. Im Klartext also, die deutsche Justiz und Politik arbeitete mit der NSU zusammen, um Türken zu ermorden! [Sofort ab und raus mit diesem unverschämten Weibsstück!](#) So jemand kann nicht Minister oder gar „Integrationsminister“ bleiben!